

## **Harsche Kritik an geplanten hohen Gesundheits-Steuern**

**Berlin (Reuters) - Die von der SPD angepeilten drastischen Steuererhöhungen zur Finanzierung des Gesundheitssystems sind beim Koalitionspartner und in der Wirtschaft auf scharfe Kritik gestoßen.**

Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger (CDU) sagte am Donnerstag in Berlin, er halte die diskutierte Höhe zwischen 30 und 45 Milliarden Euro für deutlich überzogen. Sein saarländischer Kollege Peter Müller sagte dem Sender N24, gerade erst sei die Anhebung der Mehrwertsteuer beschlossen worden. "Jetzt über eine nochmalige Erhöhung mit einem Volumen von 40 Milliarden Euro zu reden, ist völlig unsinnig." (...)

Der Präsident des Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archivs (HWWA), Thomas Straubhaar, nannte den Übergang zu einem steuerfinanzierten Gesundheitswesen prinzipiell richtig. Die Bürger dürften aber nicht höher belastet werden, sagte er Reuters. Der Einzelhandelsverband HDE kritisierte, den Vorschlag könne man nicht ernst nehmen. "Bei der Mehrwertsteuer ist mit den 19 Prozent für viele Jahre das Ende der Fahnenstange erreicht", sagte Sprecher Hubertus Pellengahr.

Mehrere Zeitungen hatten berichtet, im Rahmen einer mehrstufigen Reform sollten Steuergelder im Volumen von jährlich 30 bis 45 Milliarden Euro ins Gesundheitssystem gepumpt werden. Zur Finanzierung plane die Koalition neue Erhöhungen bei Einkommen- und Verbrauchssteuern. Dafür könnte der Krankenkassenbeitrag, den Arbeitnehmer und Arbeitgeber je zur Hälfte zahlen, um bis zu sechs Prozentpunkte sinken. Darauf hätten sich der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, Fraktionschef Peter Struck, Vizekanzler Franz Müntefering und Finanzminister Peer Steinbrück verständigt.

Beck bezeichnete die genannten Zahlen als Spekulation. Die SPD sei aber tendenziell dafür, eine breitere Finanzbasis für das Gesundheitswesen zu schaffen. Der Ansatz einer Mitfinanzierung über Steuern sei absolut richtig. Den Darstellungen widersprach er damit nicht.

Nach einem Bericht des "Handelsblatts" handelt es sich bei den Steuervorhaben sogar um gemeinsame Pläne der CDU- und der SPD-Spitze. Der Zuschuss solle in drei Stufen zwischen 2008 und 2010 eingeführt werden. In der "Financial Times Deutschland" hieß es, erwogen werde, die zum 1. Januar 2007 auf 19 Prozent steigende Mehrwertsteuer ab 2008 auf bis zu 25 Prozent anzuheben. Alternativ könnten die

Einkommensteuer erhöht, ein "Gesundheitssoli" erhoben oder ein Mix beschlossen werden.

CSU-Generalsekretär Markus Söder zeigte sich entrüstet. "Wir können den Menschen keine derart massiven Steuererhöhungen zumuten", sagte er dem "Handelsblatt". Oettinger sagte, er könne sich allenfalls einen geringeren Betrag vorstellen, um die Gesundheitsleistungen für Kinder aus der allgemeinen Haushaltsmasse zu finanzieren. Auch Kanzlerin Angela Merkel hatte sich für diesen Schritt stark gemacht, der zwischen 14 und 16 Milliarden Euro kosten würde.

Steinbrück nannte in der "Zeit" als Bedingung für das Modell, dass die die Steuermittel nicht im System versickern, sondern zu Entlastungen an anderer Stelle führen. Zudem dürfe die Steuer- und Abgabenquote insgesamt nicht steigen. Die SPD-Linke Andrea Nahles bezeichnete die Steuerfinanzierung als richtigen Weg, um die Gesundheitskosten vom Lohn abzukoppeln.

(...)

Der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium verwarf den Gesundheitsfonds. "Ökonomisch ist das eine Missgeburt", sagte der Beirats-Vorsitzende Axel Börsch-Supan in Berlin. Der Fonds führe weder zu mehr Nachhaltigkeit im Gesundheitssystem noch stärke er den Wettbewerb. "Der Fonds zeigt klar, er ist eine Einkommensteuer anderer Art."

Für eine starke Steuerfinanzierung des Gesundheitswesens gibt es seit langem Befürworter bei Union und SPD. Das ursprüngliche Kopfpauschalen-Modell der Union etwa beinhaltete einen steuerfinanzierten milliardenschweren Sozialausgleich.

Eine SPD-Expertin sagte, bei dem von ihrer Partei angestrebten Paradigmenwechsel hin zu mehr Steuerfinanzierung komme es auf die Zeitschiene an. Die Zusatzbelastungen für die Bürger könnten nur nach und nach und nicht bereits im nächsten Jahr durchgesetzt werden. (...)

*Der vollständige Artikel erschien auf der Internetplattform der Nachrichtenagentur Reuters.*